

24.06.24

## **Pressemitteilung der Grünen Stadtratsfraktion**

### **Gewerbe erhalten und Innenstadt schützen**

Die Fraktion der Grünen im Lörracher Stadtrat unterstützt die Verwaltung bei der Aufstellung eines Bebauungsplans für das Gebiet „Westlich Schwarzwaldstraße“. Dieses gemischte Gebiet soll als Standort für Gewerbe erhalten bleiben. Eine weitere Abwanderung von Gewerbebetrieben muss verhindert werden.

Um dies zu gewährleisten, wurden in den vergangenen Jahren bereits Veränderungssperren verhängt, die Zeit für das komplexe zweistufige Regelverfahren geschaffen haben. Die Grünen hoffen, durch den Bebauungsplan das Gewerbe im Gebiet halten zu können. Die Nutzung der Bauvorschriften für ein „urbanes Gebiet“ soll Wohnen und Gewerbe gemeinsam sichern. Die Prüfung von Nachverdichtungen beim Wohnraum soll trotzdem weiterhin möglich sein.

Unter anderem um den Schutz der Geschäfte in der Innenstadt geht es bei der Veränderungssperre, die im Gebiet nördlich der Teichstraße verhängt werden soll. Die Grünen unterstützen das Vorhaben, bis zur Aufstellung eines Bebauungsplans die Ansiedlung von Geschäften zu unterbinden, die das innerstädtische Angebot an Waren gefährden könnten. Das Märkte- und Zentrenkonzept sieht für außerhalb der Innenstadt gelegene Gebiete vor, dass nur solche Sortimente auf größeren Flächen angeboten werden dürfen, die das Angebot in der Kernstadt nicht negativ beeinflussen.

Boris Pasek von den Grünen sagt: „Der vom Eigentümer geplante Supermarkt an der Teichstraße kann durchaus gebaut werden, allerdings auf deutlich kleinerer Fläche mit dem Ziel einer Nahversorgung der Anwohner. Die gleichzeitig mit dem Bau des Marktes angebotene Schaffung von Wohnraum ist davon unabhängig zu sehen. Denn Wohnraum kann in jedem Fall vom Eigentümer erstellt werden. Er ist nicht vom Bau eines großen Supermarkts abhängig.“

Die Veränderungssperre soll somit bis zur Aufstellung des finalen Bebauungsplans den Gewerbebestandort inklusive guten Wohnens und Arbeitens sichern, und die Geschäfte in der Innenstadt schützen. Die Grünen unterstützen daher auch diesen Antrag der Verwaltung.